

N° 487.

ALLEMAGNE ET FINLANDE

Convention provisoire concernant
certaines questions économiques,
signée à Berlin le 21 avril 1922.

GERMANY AND FINLAND

Provisional Convention concerning
certain economic questions, signed
at Berlin, April 21, 1922.

TEXTE ALLEMAND. — GERMAN TEXT.

No. 487. — VORLÄUFIGES ÜBEREINKOMMEN ¹ ZWISCHEN DEUTSCHLAND UND FINNLAND EINIGE WIRTSCHAFTLICHE FRAGEN BETREFFEND, GEZEICHNET IN BERLIN, DEN 21. APRIL 1922.

Texte officiel allemand communiqué par le Ministre des Affaires étrangères de Finlande. L'enregistrement de cette Convention provisoire a eu lieu le 19 septembre 1923.

Official German text communicated by the Minister for Foreign Affairs of Finland. The Registration of this provisional Convention took place September 19, 1923.

Geleitet von dem Wunsche, den gegenseitigen Handelsverkehr zwischen Finnland und Deutschland durch vorläufige Regelung einiger besonders wichtiger Fragen vorbehaltlich des Abschlusses eines grösseren Wirtschaftsabkommens zu erleichtern, haben

die FINNISCHE REGIERUNG,

vertreten durch den Präsidenten des Höchsten Verwaltungsgerichts Dr. jur. RAUTAPÄÄ, den Direktor in der Finnischen Staatsbank von FRENCKELL und den Leiter der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amts SAARI und

die DEUTSCHE REGIERUNG,

vertreten durch den Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt Karl von STOCKHAMMERN

das nachstehende vorläufige Uebereinkommen getroffen :

§ 1.

Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibende des einen vertragschliessenden Teiles, welche sich durch den Besitz einer von den zuständigen Behörden des Heimatlandes ausgefertigten Gewerbelegitimationskarte darüber ausweisen, dass sie dort berechtigt sind, Handel oder Gewerbe zu treiben und dass sie dort die gesetzlichen Steuern und Abgaben entrichten, sollen befugt sein, im Gebiete des anderen vertragschliessenden Teiles persönlich oder durch in ihren Diensten stehende Reisende bei Kaufleuten, Produzenten oder in offenen Verkaufsstellen Wareneinkäufe zu machen. Desgleichen können sie bei Kaufleuten und übrigen Personen, in deren Gewerbebetriebe Waren der angebotenen Art Verwendung finden, auch unter Mitführung von Mustern und Proben Bestellungen suchen.

§ 2.

Sollte einer von den vertragschliessenden Teilen diese Tätigkeit mit besonderen Abgaben oder Gewerbelegitimationsgebühren belegen, so wird er die Angehörigen des anderen Teiles auf dem Fusse der meistbegünstigten Nation behandeln.

¹ L'échange des ratifications a eu lieu à Berlin, le 6 février 1923.

¹ The exchange of ratifications took place at Berlin, February 6, 1923.

§ 3.

Die deutschen und finnischen Handlungsreisenden, die mit einer von den einheimischen Behörden gemäss der von den beiden vertragschliessenden Teilen angenommenen Muster erteilten Gewerbelegitimationskarte versehen sind, dürfen Warenmuster, aber keine Waren mit sich führen.

§ 4.

Die vertragschliessenden Teile werden sich gegenseitig Mitteilung darüber machen, welche Behörden zur Erteilung von Gewerbelegitimationskarten befugt sein sollen und welche Vorschriften von den Inhabern dieser Karten bei Ausübung ihrer Tätigkeit als Handlungsreisende zu beachten sind.

§ 5.

Die den Zollabgaben oder anderen derartigen Gebühren unterliegenden Gegenstände, welche von Handlungsreisenden als Warenproben oder Muster eingeführt werden, sollen in beiden Ländern von Zöllen oder anderen Einfuhr- und Ausfuhrabgaben unter der Voraussetzung befreit sein, dass diese Gegenstände binnen einer vorschriftsmässigen Frist wieder ausgeführt werden, und dass die Identität der ein- und wieder ausgeführten Gegenstände ausser Zweifel ist, wobei es gleichgültig sein soll, über welches Zollamt die Gegenstände ausgeführt werden, sofern dieses Zollamt nach der Gesetzgebung des Landes zur Abfertigung befugt ist.

Durch die vorstehenden Bestimmungen werden die in beiden Ländern bestehenden Beschränkungen der Ein- und Ausfuhr nicht berührt.

§ 6.

Die Wiederausfuhr der Muster muss in beiden Ländern bei der Einfuhr nach Wahl der Zollbehörden durch Niederlegung des Betrags der bezüglichen Zollgebühren oder durch andere Arten der Sicherstellung gewährleistet werden.

§ 7.

Werden die Warenproben binnen der erwähnten Frist einem in dieser Hinsicht zuständigen Zollamte zur Ausfuhr vorgewiesen, soll das Zollamt prüfen, ob die vorgewiesenen Gegenstände dieselben sind, denen die zollfreie Einfuhr gewährt wurde. Wenn dieses keinem Zweifel unterliegt, wird die Wiederausfuhr von dem Zollamt bestätigt und die geleistete Sicherheit zurückgegeben.

Nach Ablauf der oben erwähnten Frist wird der Zollbetrag in die Staatskasse fliessen oder die geleistete Sicherheit verfallen, falls es nicht bewiesen worden ist, dass die Proben oder Muster binnen dieser Frist wieder ausgeführt worden sind.

§ 8.

Ausser den Erkennungszeichen, die zur Wahrung der Identität der Muster im Ausfuhrland amtlich angelegt worden sind, dürfen die Zollbehörden des Einfuhrlandes weitere Erkennungszeichen anlegen, falls dies ihnen im Einzelfalle notwendig erscheint. Für die Anlegung solcher Erkennungszeichen darf keine Gebühr oder sonstige Abgabe erhoben werden.

§ 9.

Die Angehörigen des einen vertragschliessenden Teiles, die im Gebiete des anderen Teiles die Messen oder Jahrmärkte besuchen, um dort Handel zu treiben oder ihre Produkte zu verkaufen,

sollen gegenseitig wie die Inländer behandelt werden und dürfen aus diesem Anlass keinen höheren Abgaben unterliegen als die Bewohner des eigenen Landes. Die in beiden Ländern bestehenden Beschränkungen über die Ein- und Ausfuhr bleiben durch diese Bestimmungen unberührt.

§ 10.

Die oben erwähnten Bestimmungen finden keine Anwendung auf Hausierer oder andere Personen, welche ein im Umherziehen auszuübendes Gewerbe betreiben, sowie auch nicht für das Aufsuchen von Bestellungen bei Personen, die Handel und Gewerbe nicht berufsmässig betreiben.

§ 11.

Sollte einer der beiden Teile einem dritten Lande in Bezug auf den Gewerbebetrieb der Handlungsreisenden weitergehende Rechte gewähren, so wird er diese Rechte den Angehörigen des anderen Teiles ohne weiteres zukommen lassen.

§ 12.

Die deutschen Schiffe und ihre Ladungen sollen in Finnland und die finnischen Schiffe und ihre Ladungen sollen in Deutschland hinsichtlich der staatlichen Abgaben und Gebühren sowie der Benutzung der Quai- und Hafenanlagen völlig den inländischen Schiffen und ihren Ladungen gleichgestellt werden. Auch sollen sie hinsichtlich der anderen Abgaben und Gebühren sowie der Aus- und Einklarierung und überhaupt aller Förmlichkeiten und sonstigen Bestimmungen, welchen die beiderseitigen Schiffe und ihre Ladungen in den vorstehenden Beziehungen unterworfen werden können, nicht schlechter gestellt sein, als die Schiffe und Ladungen irgend eines dritten Landes.

Die vorstehenden Bestimmungen finden keine Anwendung auf :

1. diejenigen besonderen Begünstigungen, die den Erzeugnissen des inländischen Fischfangs in dem einen oder anderen Lande gewährt sind oder gewährt werden ;
2. die Küstenschiffahrt (Cabotage), darunter fällt jedoch nicht die Fahrt nach Petchschenga ;
3. die Begünstigungen, die der Schiffahrt zwischen Finnland und Schweden nördlich des 58. Breitengrades nördlicher Breite gewährt sind oder gewährt werden.

Falls jedoch einer der vertragschliessenden Teile einem dritten Staate in dieser Hinsicht weitergehende Rechte einräumen sollte, so sollen diese Rechte ohne weiteres auch auf den anderen vertragschliessenden Teil Anwendung finden.

§ 13.

Auf den Eisenbahnen sollen bei Erfüllung der gleichen Bedingungen die Güter des einen Teils auf derselben Strecke und derselben Verkehrsrichtung hinsichtlich der Abfertigung, der Beförderung und der Beförderungspreise nicht ungünstiger behandelt werden als gleichartige Güter des anderen Teils.

§ 14.

Für Güter im Durchgangsverkehr dürfen weder Zölle noch besondere Durchgangsverkehrsabgaben erhoben werden, ausgenommen jedoch Abgaben für Ueberwachung des Verkehrs sowie Lagerung der Waren.

§ 15.

Die vertragschliessenden Teile bewilligen sich gegenseitig das Recht, Konsuln in allen denjenigen Häfen und Handelsplätzen des anderen Teiles zu ernennen, in denen Konsuln irgend eines dritten Staates zugelassen werden.

Die Konsuln des einen der vertragschliessenden Teile sollen in dem Gebiete des anderen Teiles dieselben Vorrechte und Befugnisse geniessen, deren sich die Konsuln irgend eines dritten Staates gegenwärtig oder künftig erfreuen, jedoch soll ihnen ein Anspruch auf diese Vorrechte und Befugnisse nur zustehen, insoweit der Staat, den sie vertreten, den konsularischen Vertretern des anderen vertragschliessenden Teiles die gleichen Rechte gewährt.

§ 16.

Den konsularischen Vertretern soll von den lokalen Behörden nach Massgabe der in dem betreffenden Lande bestehenden Gesetze und Verordnungen jeder Beistand zur Aufsuchung und Verhaftung der entwichenen Seeleute gewährt werden.

Auf Seeleute, welche Angehörige des Landes sind, in welchem die Entweichung erfolgt ist, finden die Bestimmungen dieses Artikels keine Anwendung.

§ 17.

Soweit in Vorstehendem die Rechte der meistbegünstigten Nation eingeräumt sind, sollen sie keine Anwendung finden auf

- a) die Begünstigungen, welche von einem der beiden vertragschliessenden Teile einem anderen Staat auf Grund einer bestehenden oder künftig vereinbarten Zollvereinigung zugestanden werden ;
- b) die Begünstigungen, welche einer der beiden vertragschliessenden Teile einem dritten Staate im sogenannten kleinen Grenzverkehr (innerhalb einer Strecke bis zu 15 km beiderseits der Grenze) gewährt ;
- c) die Begünstigungen, die Finnland Estland einräumt.

§ 18.

Die beiden vertragschliessenden Teile erklären sich bereit, demnächst in Verhandlungen über ein Wirtschaftsabkommen auf breiter Grundlage einzutreten.

§ 19.

Dies Abkommen soll ratifiziert werden. Es tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und soll ein Jahr in Geltung bleiben. Nach Ablauf eines Jahres soll es stillschweigend solange weiter in Kraft bleiben, als nicht einer der beiden Teile es mit einer Frist von drei Monaten gekündigt haben wird.

So geschehen zu Berlin in doppelter Urschrift am 21. April Neunzehnhundertzweiundzwanzig.

(L. S.) HUGO RAUTAPÄÄ.
E. v. FRENCKELL,
ILMARI SAARI,

(L. S.) v. STOCKHAMMERN,

UNTERZEICHNUNGSPROTOKOLL.

Bei der heute erfolgten Unterzeichnung des zwischen Deutschland und Finnland geschlossenen Uebereinkommens über einige besonders wichtige wirtschaftliche Fragen, haben die beiderseitigen Vertreter Folgendes festgestellt :

Beide Teile sind darin einig, dass die Frage der deutschen Zivilschäden in Finnland einem besonderen Abkommen vorbehalten bleiben soll, das durch eine gemischte Kommission bestehend aus einer gleichen Anzahl von deutschen und finnischen Delegierten, vereinbart werden soll. Der Kommission bleibt das Recht vorbehalten, im Falle des Nichterzielens eines Einverständnisses die Entscheidung einem neutralen von ihr zu wählenden Obmann zu übertragen.

BERLIN, den 21. April 1922.

HUGO RAUTAPÄÄ.
E. v. FRENCKELL.
ILMARI SAARI.

v. STOCKHAMMERN.

¹ TRADUCTION.

No. 487. — CONVENTION PROVI-
SOIRE ENTRE L'ALLEMAGNE
ET LA FINLANDE CONCER-
NANT CERTAINES QUESTIONS
ÉCONOMIQUES, SIGNÉE A
BERLIN LE 21 AVRIL 1922.

Animés du désir de faciliter les relations commerciales réciproques entre la FINLANDE et l'ALLEMAGNE, en réglant provisoirement un certain nombre de questions particulièrement importantes, sous réserve de la conclusion ultérieure d'une convention économique plus étendue,

Le GOUVERNEMENT FINLANDAIS, représenté par
M. RAUTAPÄÄ, Docteur en droit, Président
du Tribunal administratif suprême ;
M. VON FRENCKELL, Directeur de la Banque
nationale finlandaise ; et

¹ Traduit par le Secrétariat de la Société des Nations.

¹ TRANSLATION.

No. 487. — PROVISIONAL CON-
VENTION BETWEEN GERMANY
AND FINLAND CONCERNING
CERTAIN ECONOMIC QUES-
TIONS, SIGNED AT BERLIN,
APRIL 21, 1922.

The GERMAN and FINNISH GOVERNMENTS, being desirous of facilitating commercial relations between their respective countries by the provisional settlement of certain particularly important questions, without prejudice to the conclusion of a wider commercial agreement, have appointed as representatives,

For the FINNISH GOVERNMENT :
Dr. Jur. RAUTAPÄÄ, President of the
Supreme Administrative Court ;
M. von FRENCKELL, Director of the Finnish
State Bank, and

¹ Translated by the Secretariat of the League of Nations.

M. SAARI, Directeur des Affaires commerciales au Ministère des Affaires étrangères ;

M. SAARI, Director of the Political-Commercial Section of the Foreign Office ;

Et le GOUVERNEMENT ALLEMAND, représenté par :

For the GERMAN GOVERNMENT :

M. Karl VON STOCKHAMMERN, Directeur au Ministère des Affaires étrangères ;

Herr Karl von STOCKHAMMERN, Ministerial Director at the Foreign Office,

ont conclu la Convention provisoire suivante :

And have concluded the following provisional Agreement :

§ 1.

Paragraph 1.

Les négociants, fabricants et autres personnes exerçant une profession commerciale ou industrielle, qui appartiennent à l'un des Etats contractants, et qui, en produisant une carte d'identité professionnelle délivrée par les autorités compétentes de leur pays d'origine, peuvent démontrer qu'ils sont autorisés à exercer, dans leur pays d'origine, un commerce ou une industrie et qu'ils y acquittent les impôts et taxes légales, pourront effectuer, sur le territoire de l'autre Partie contractante, des achats de marchandises auprès des négociants, des producteurs ou dans des locaux de vente publics, soit personnellement, soit par l'intermédiaire de voyageurs à leur service. Ils pourront également solliciter des commandes, auprès des commerçants et de toutes autres personnes, utilisant dans leur commerce des marchandises de même sorte que les marchandises offertes, en produisant des échantillons et des spécimens qu'ils pourront transporter avec eux.

Merchants, manufacturers and other traders of either of the Contracting Parties who can prove, by the production of a trader's identity certificate issued by the competent authorities in their own country, that they are entitled to carry on trade or industry in that country, and that they pay the taxes and dues decreed by its laws, shall be authorised to make purchases of goods from merchants or producers, or in the open market, in the territory of the other Contracting Party, either in person or through the agency of commercial travellers in their employment. Similarly, they shall be authorised to solicit orders from merchants and other persons who, in their trade, make use of goods of the sort offered, and to take with them for this purpose samples and specimens.

§ 2.

Paragraph 2.

Si l'une des Parties contractantes frappe cette activité de taxes spéciales ou perçoit des droits pour les cartes d'identité professionnelles, les ressortissants de l'autre Partie seront admis à bénéficier de la clause de la nation la plus favorisée.

If either of the Contracting Parties should impose special dues or trading certificate fees on activities of this kind, it shall treat the nationals of the other Contracting Party on the same footing as it treats the most-favoured nation.

§ 3.

Paragraph 3.

Les voyageurs de commerce allemands et finlandais, porteurs d'une carte d'identité professionnelle qui leur sera délivrée par les autorités compétentes de leur pays et qui sera établie conformément à un modèle adopté

German and Finnish commercial travellers who are provided with a trader's identity certificate issued by the authorities of their respective countries, in conformity with the specimen form of certificate adopted by both

par les deux Parties contractantes, seront autorisés à transporter des échantillons, mais non des marchandises.

§ 4.

Les Parties contractantes se communiqueront la liste des autorités qui seront chargées de l'établissement des cartes d'identité professionnelles ; elles se communiqueront également les prescriptions que les voyageurs de commerce, porteurs de ces cartes d'identité, devront observer dans l'exercice de leur activité.

§ 5.

Les articles frappés de droits de douane ou autres taxes similaires, qui seront importés par les voyageurs de commerce à titre d'échantillons ou de spécimens, seront exonérés, dans les deux pays, des droits de douane et des autres droits d'importation et d'exportation, à condition qu'ils soient réexportés dans le délai prescrit et que l'identité des articles importés et réexportés soit dûment constatée ; ces articles pourront être présentés, au moment de la réexportation, à n'importe quel bureau de douane, à condition que celui-ci soit compétent, conformément à la législation du pays, pour recevoir les déclarations.

Les dispositions ci-dessus ne porteront pas atteinte aux règlements restreignant l'importation et l'exportation dans les deux pays.

§ 6.

Dans les deux pays, la réexportation des échantillons sera garantie, au choix des autorités douanières, soit par le dépôt du montant des droits de douane y afférents, soit par une caution d'une autre nature.

§ 7.

Si les échantillons sont présentés en vue de leur réexportation, dans le délai mentionné ci-dessus, au bureau de douane compétent, celui-ci devra s'assurer que les articles présentés sont bien les mêmes que ceux auxquels l'exonération des droits de douane avait été accordée lors de leur importation. S'il n'existe

the Contracting Parties, shall be allowed to take with them samples of goods, but not the goods themselves.

Paragraph 4.

The Contracting Parties shall mutually inform each other as to the authorities who are authorised to issue traders' identity certificates and as to the regulations which have to be observed by the holders of these certificates in their capacity as commercial travellers.

Paragraph 5.

Articles subject to Customs duties, or other similar dues, which are imported by commercial travellers as samples or specimens shall be exempted in both countries from duties and other import and export charges, provided, however, that such articles are re-exported within a regulation time-limit and that no doubt exists as to the *identity* of the articles thus imported and re-exported ; for this purpose the commercial traveller shall be free to export the articles through any Customs office, provided that such office is authorised, under the laws of the country in question, to clear the articles.

The above provisions shall not affect the restrictions which exist in either country on imports and exports.

Paragraph 6.

Security for the re-export of samples must be provided, in both countries, at the time of import, either by the deposit of the requisite Customs dues or by some other form of guarantee, as the Customs authorities may decide.

Paragraph 7.

If the samples are produced for export within the above-mentioned time-limit at a Customs office which is competent to deal with such matters, the said office shall satisfy itself that the articles produced are the same as those which were admitted free of import duty. If no doubt exists on this point the

aucun doute à ce sujet, le bureau de douane constatera la réexportation et restituera la caution.

A l'expiration du délai mentionné ci-dessus, le montant des droits de douane ou la caution sera acquis au Trésor, à moins que l'intéressé ne prouve que les spécimens ou échantillons ont été réexportés avant l'expiration de ce délai.

§ 8.

Outre les marques apposées dans le pays exportateur, par les autorités compétentes, en vue d'assurer l'identité des échantillons, les autorités douanières du pays importateur pourront apposer des marques supplémentaires si cette mesure leur paraît nécessaire dans certains cas particuliers. Aucun droit ou aucune autre taxe ne sera perçu pour l'apposition de ces marques.

§ 9.

Les ressortissants de l'une des Parties contractantes qui se rendent à des foires sur le territoire de l'autre Partie pour y effectuer des opérations commerciales ou pour vendre leurs produits, jouiront réciproquement du même traitement que les ressortissants de ce pays et ne seront pas assujettis, à cette occasion, au paiement de taxes plus élevées que les habitants dudit pays. Ces dispositions ne porteront pas atteinte aux règlements restreignant l'importation et l'exportation dans les deux pays.

§ 10.

Les dispositions mentionnées ci-dessus ne s'appliqueront pas aux marchands ambulants ou aux autres personnes qui exercent une profession ambulante; elles ne s'appliqueront pas non plus aux commerçants qui prennent des commandes auprès de personnes n'exerçant pas un commerce ou une industrie à titre de profession.

§ 11.

Si l'une des deux Parties contractantes accordait à un pays tiers des droits plus étendus en ce qui concerne l'activité professionnelle

re-export of the articles shall be authorised by the Customs office and the security deposited shall be refunded.

At the expiration of this time-limit, the amount charged for Customs duties shall accrue to the Exchequer, or the security furnished shall be forfeited, as the case may be, unless it can be shown that the samples or specimens have been re-exported within this time-limit

Paragraph 8.

The customs authorities of the importing country shall be authorised, if they should consider it necessary in individual cases, to affix identification marks, in addition to those which have been officially affixed in the exporting Country, with a view to preserving the *identity* of the samples. No charges or other dues shall be levied for the affixing of such marks.

Paragraph 9.

Nationals of either of the Contracting Parties who visit fairs or markets in the territory of the other Party to carry on trade or to sell their products there, shall be reciprocally accorded the same treatment as the nationals of the country in question and shall not be subject, in this connection, to heavier charges than those imposed on the inhabitants of the country. The above provisions shall not affect the restrictions which exist in either country on imports and exports.

Paragraph 10.

The above provisions shall not apply to pedlars or other persons who carry on business of an itinerant character, nor shall they apply to the soliciting of orders by persons who do not carry on a trade or industry as part of their vocation.

Paragraph 11.

If either of the Contracting Parties should concede more extensive rights in connection with trading and commercial travellers to

des voyageurs de commerce, les ressortissants de l'autre Partie bénéficieront *ipso facto* des mêmes droits.

§ 12.

En ce qui concerne les droits et taxes perçus par l'Etat et l'utilisation des quais et des installations des ports, les navires allemands et leurs cargaisons jouiront, en Finlande, et les navires finlandais et leurs cargaisons jouiront en Allemagne, à tous égards, d'un traitement égal à celui des navires nationaux et de leurs cargaisons. En ce qui concerne les autres droits et taxes, ainsi que les droits d'importation et d'exportation et, en général, toutes les formalités et autres prescriptions auxquelles pourront être assujettis réciproquement, à cet égard, les navires et leurs cargaisons, les deux Parties contractantes n'appliqueront pas aux navires de l'autre Partie et à leurs cargaisons un traitement moins favorable que celui dont jouissent les navires et les cargaisons d'un pays tiers.

Les dispositions mentionnées ci-dessus ne s'appliqueront pas :

1. Aux avantages particuliers qui sont accordés ou qui seront accordés, dans l'un ou dans l'autre pays, aux produits des pêcheries nationales ;

2. Aux opérations de cabotage : la traversée à Pettschenga ne sera pas considérée comme une opération de cabotage ;

3. Aux avantages qui sont accordés ou qui seront accordés à la navigation entre la Finlande et la Suède au nord du 58^e degré de latitude nord.

Si l'une des Parties contractantes accorde à cet égard à un Etat tiers des droits plus étendus, ceux-ci s'appliqueront *ipso facto* à l'autre Partie contractante.

§ 13.

Pour les transports par chemin de fer, lorsque les mêmes conditions se trouveront remplies, les marchandises de l'une des Parties contractantes utilisant les mêmes lignes et les mêmes directions ne seront pas soumises à un traitement plus défavorable, au point de vue de l'expédition du transport et des prix de transport, que les marchandises de même catégorie de l'autre Partie.

a third country it shall, automatically concede the same rights to the nationals of the other contracting party.

Paragraph 12.

German vessels and their cargoes in Finnish waters, and Finnish ships and their cargoes in German waters, shall be on exactly the same footing as national vessels and their cargoes as regards State charges and dues, and also as regards the use of wharf and harbour accommodation. Further, as regards other charges and dues, clearance on arrival and departure, and all formalities and other regulations to which vessels and their cargoes of either Party can be subjected in connection with the above-mentioned matters, they shall not receive worse treatment than is accorded to the vessels and cargoes of any third country.

The above-mentioned provisions shall not apply to :

(1) The special privileges which are or may be accorded, in either country, to the products of their fisheries ;

(2) Coastal shipping (*cabotage*) ; this term shall not, however, cover voyages to Pettschenga ;

(3) The privileges which are or may be, accorded to ships plying between Finland and Sweden north of the 58 parallel, N. lat.

If, however, either of the Contracting Parties should accord more extensive rights in this connection to a third State, these rights shall automatically be conceded to the other Contracting Party.

Paragraph 13.

The goods of either Contracting Party shall not, when carried by rail, be subjected to less favourable treatment than similar goods of the other Contracting Party as regards, clearing, despatch, and freight, over the same section of rail and in the same direction.

§ 14.

Pour les marchandises en transit, il ne pourra être perçu ni droits de douane, ni taxes spéciales de transit, à l'exception, toutefois, des taxes de surveillance du transit ainsi de l'emmagasinage des marchandises.

§ 15.

Les Parties contractantes se reconnaissent réciproquement le droit de nommer des consuls dans tous les ports et localités commerciales de l'autre Partie, dans lesquels des consuls d'une tierce Puissance sont admis.

Les consuls de l'une des Parties contractantes jouiront, sur le territoire de l'autre Partie, des mêmes privilèges et prérogatives que ceux qui sont ou pourraient être accordés aux consuls d'une tierce Puissance; toutefois, ils ne pourront revendiquer ces privilèges et prérogatives que dans la mesure où l'Etat qu'ils représentent accorde les mêmes droits aux représentants consulaires de l'autre Partie contractante.

§ 16.

Les autorités locales prêteront aux représentants consulaires, en se conformant aux lois et règlements en vigueur dans le pays intéressé, toute l'assistance possible pour rechercher et arrêter les marins fugitifs.

Les dispositions du présent article ne s'appliquent pas aux marins ressortissants du pays où s'est produite l'évasion.

§ 17.

Le traitement de la nation la plus favorisée, dans les cas où il est prévu aux articles précédents, ne sera pas applicable :

- a) Aux privilèges accordés par l'une des deux Parties contractantes à un Etat tiers en raison d'une union douanière existante ou à conclure ;
- b) Aux privilèges accordés par l'une des deux Parties contractantes à un Etat tiers en ce qui concerne le petit trafic de frontière (dans une zone s'étendant jusqu'à 15 kilomètres de part et d'autre de la frontière) ;
- c) Aux privilèges que la Finlande accorde à l'Esthonie.

Paragraph 14.

Neither customs dues nor special transit dues shall be levied on goods in transit, with the exception, however, of charges for supervision during the journey, and for storage.

Paragraph 15.

Each Contracting Party shall allow the other party to appoint consuls in all harbours and trading centres of the other Contracting Party in which consuls of any third State are allowed to be established.

The consuls of each Contracting Party shall enjoy the same rights and powers in the territory of the other Party as are, or may in future be, conceded to the consuls of any third State; they shall, however, only be entitled to claim such rights and powers in so far as the State which they represent has accorded the same rights to the consular representatives of the other Contracting Party.

Paragraph 16.

The local authorities shall afford the consular representatives all possible assistance, within the limits of the laws existing in the country in question, in pursuing and arresting seamen who have deserted their ships.

The provisions of this article shall not apply to seamen who are nationals of the country in which the desertion has taken place.

Paragraph 17.

The privileges of the most-favoured nation, so far as they are accorded by the above articles, shall not apply in the following cases :

- (a) In the case of privileges which are accorded by one of the Contracting Parties to another State by virtue of a Customs union which exists, or may be formed in the future ;
- (b) in the case of privileges which are accorded by one of the Contracting Parties to a third State in connection with the so-called " minor frontier traffic " (traffic in a zone not more than 15 kilometres wide on each side of the frontier) ;
- (c) in the case of the privileges which Finland concedes to Esthonia.

§ 18.

Les deux Parties contractantes se déclarent disposées à entrer en pourparlers, aussitôt que possible, en vue de la conclusion d'une convention économique plus étendue.

§ 19.

La présente Convention sera ratifiée. Elle entrera en vigueur le jour de l'échange des instruments de ratification et sa durée de validité sera d'une année. A l'expiration d'une année, elle se renouvellera par tacite reconduction jusqu'à ce qu'elle soit dénoncée par l'une des deux Parties moyennant préavis de trois mois.

Fait à Berlin, en double expédition, le vingt et un avril mil neuf cent vingt-deux.

(L. S.) HUGO RAUTAPÄÄ.
E. v. FRENCKELL.
ILMARI SAARI.
(L. S.) v. STOCKHAMMERN.

PROTOCOLE DE SIGNATURE.

A l'occasion de la signature de la Convention conclue ce jour entre l'Allemagne et la Finlande au sujet de certaines questions économiques particulièrement importantes, les représentants des deux Parties contractantes ont décidé ce qui suit :

Les deux Parties conviennent que la question des dommages civils subis par des Allemands en Finlande fera l'objet d'une convention particulière, qui sera conclue par une Commission mixte, composée d'un nombre égal de délégués allemands et de délégués finlandais. La Commission aura le droit — dans le cas où il serait impossible d'aboutir à un accord — de s'en remettre à la décision d'un président neutre, qui sera choisi par elle.

BERLIN, le 21 avril 1922.

(L. S.) HUGO RAUTAPÄÄ.
E. v. FRENCKELL.
ILMARI SAARI.
(L. S.) v. STOCKHAMMERN.

Paragraph 18.

The two Contracting Parties declare their willingness to commence negotiations at an early date for a commercial agreement on a wider basis.

Paragraph 19.

The present agreement shall be ratified. It shall come into force on the exchange of the instruments of ratification and shall remain valid for one year. At the expiration of a year it shall continue automatically in force so long as it shall not have been denounced, at three months' notice, by either Contracting Party.

Done at Berlin in duplicate, April 21, 1920.

PROTOCOL OF SIGNATURE.

On the occasion of the signature, this day, of the Agreement concluded between Germany and Finland regarding certain specially important commercial questions, the representatives of the respective Parties have established that :

The two parties are agreed that the question of German civil damages in Finland shall be reserved for a separate agreement which shall be concluded by a mixed commission consisting of German and Finnish delegates in equal number. This Commission shall be entitled, in case no agreement should be reached, to entrust the decision to a neutral chairman to be elected by the commission.

BERLIN, April 21, 1922.